

Pressemitteilung

19. Januar 2026

Pressemitteilung der Fraktion Die Linke im Stadtrat Trier

Ganz schön viel Theater ums Theater!

Die Fraktion Die Linke im Stadtrat Trier zeigt sich irritiert darüber, mit welcher Vehemenz die Jamaika-Fraktionen versuchen, aus dem Neubau der Probebühnen einen politischen Skandal zu konstruieren.

Über den Probebühnen-Bau wurde wiederholt in den städtischen Gremien informiert; außerdem waren die Planungen Gegenstand der Stadtwerke-Wirtschaftspläne. Auf städtischer Seite waren die Probebühnen in der Baubegleitenden Kommission Kulturbauten mehrfach Thema, auch im Kulturausschuss wurde das Bauprojekt thematisiert. „Auf meine Nachfrage hat Kulturdezernenten Nöhl zweifelsfrei bestätigt, dass sich in den Sitzungen keine Fraktion kritisch zur Vorgehensweise geäußert hat. Es ist befremdlich, dass jetzt plötzlich niemand davon gewusst haben will, nachdem man jahrelang mit der Vorgehensweise einverstanden war“, ordnet Matthias Koster, der für Die Linke im Haushaltsausschuss und im Verwaltungsrat der Stadtwerke sitzt, die Debatte ein.

Oberbürgermeister Wolfram Leibe und Kulturdezernent Markus Nöhl haben in den vergangenen Wochen einräumen müssen, dass ein nötiger Stadtratsbeschluss über die Anmietung des Probebühnen-Gebäudes im Energie- und Technikpark der Stadtwerke bisher nicht gefasst wurde. Fraktionsvorsitzender Jörg Johann kommentiert: „Es war ein schwerer Fehler, dass dieser Stadtratsbeschluss versäumt wurde. Aber: Leibe und Nöhl haben sich dafür entschuldigt. Ein Schaden ist der Stadt nachweislich nicht entstanden. Jetzt ist wichtig, dass der Beschluss schnellstmöglich nachgeholt wird und dass Mechanismen geschaffen werden, die zukünftig verhindern, dass es wieder zu einem solchen Fehler kommt.“ Der Stadtvorstand begründet das Nichteinholen der Beschlüsse damit, dass das während der Corona-Pandemie übersehen wurde, auch weil der Posten des Kulturdezernenten zwischenzeitlich vakant war und neu besetzt werden musste. Nach Auskunft von Kulturdezernent Nöhl wurde bisher kein Mietvertrag unterschrieben; dies soll erst geschehen, wenn der Stadtratsbeschluss voraussichtlich im Frühjahr dieses Jahres nachgeholt wird.

„Die Idee, Kitas und Schulen in der städtischen Bauverwaltung zu priorisieren und dafür Theater und Feuerwache an die Stadtwerke auszulagern entsprach der politischen Prioritätensetzung des Stadtrats. Natürlich hätte die Stadt die Probebühne selbst bauen können – das wäre dann aber zu Lasten der Kinder gegangen“, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Theresia Görgen. „Der eigentliche Skandal ist, dass die öffentliche Hand nicht mehr in der Lage ist, alle ihre Aufgaben gleichermaßen wahrzunehmen und daher überhaupt erst gezwungen wird, solche Notlösungen anzugehen. Leider ist daran aber überhaupt keine Kritik aus den Jamaika-Parteien zu hören.“

Pressemitteilung

In der Sondersitzung des Haushaltsausschusses am 12. Januar 2026 wurden verschiedene Modelle durchgespielt, wie die Theater-Probephöhne stattdessen hätte gebaut werden können, bspw. Bau in Eigenregie durch die Stadt oder ein Verkauf von den Stadtwerken an die Stadt. Matthias Koster rechnet vor: „Unabhängig davon, ob diese Vorschläge faktisch überhaupt umsetzbar gewesen wären, hat die Stadtverwaltung auch dargelegt, dass ein eigener Bau oder ein Ankauf des fertigen Gebäudes wohl nicht vom Land bezuschusst worden wären. Die Stadt hätte also bares Geld liegen lassen – die von den Grünen vorgeschlagenen Alternativen wären daher unterm Strich viele Millionen Euro teurer für den Stadthaushalt geworden.“

„Alle Beteiligten sollten zur Sachlichkeit zurückkehren. Es ist wirklich schade, dass man jetzt ausgerechnet die überfällige Theater-Sanierung für Wahlkampfzwecke nutzt – auf dem Rücken der rund 250 Beschäftigten des Theaters. Die Jamaika-Fraktionen wären gut beraten, im Stadtrat der Anmietung der Probephöhnen zuzustimmen. Ansonsten würde Jamaika tatsächlich einen echten – auch finanziellen – Schaden für die Stadt produzieren, weil sich die gesamte Theater-Sanierung dadurch verzögert“, so Jörg Johann abschließend. „Damit wäre die Jamaika-Koalition ein personifiziertes Millionengrab für unsere Stadt!“